



das wochennd

**Heym-Preis für Hein:  
Ingo Schulzes Laudatio**

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 13./14. April 2013 68. Jahrgang/Nr. 86 • Berlinausgabe 1,90 €

## Erfolg für türkische Zeitung

NSU-Prozess: Gericht muss Plätze bereitstellen

**Berlin** (nd-Drescher). Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat der Verfassungsbeschwerde der türkischen Zeitung »Sabah« wegen der Platzvergabe für den NSU-Prozess in München teilweise stattgegeben. Das Oberlandesgericht in München, wo am kommenden Mittwoch der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier Mitangeklagte beginnen soll, muss nach der Entscheidung der Richter ausländischen Medien Plätze zur Verfügung stellen.

Dem Vorsitzenden des 6. Strafsenats des Oberlandesgerichts werde aufgegeben, »nach einem von ihm im Rahmen seiner Prozessleitungsbefugnis festzulegenden Verfahren eine angemessene Zahl von Sitzplätzen an Vertreter von ausländischen Medien mit besonderem Bezug zu den Opfern der angeklagten Straftaten zu vergeben«. Die Richter in Karlsruhe schlagen vor, »ein Zusatzkontingent von nicht weniger als drei Plätzen zu eröffnen, in dem nach dem Prioritätsprinzip oder etwa nach dem Losverfahren Plätze vergeben werden«. Möglich sei aber auch, »anstelle dessen die Sitzplatzvergabe oder die Akkreditierung insgesamt nach anderen Regeln zu gestalten.«

Der stellvertretende »Sabah«-Chefredakteur Ismail Erel zeigte sich nach der Entscheidung zufrieden. »Das Gericht hat uns recht gegeben«, sagte er gegenüber dpa. »Wir haben uns nicht zu Unrecht ungleich behandelt gefühlt«, so Erel. »Das Gericht hat ein ganz klares Signal gesetzt.« Seite 4

## Gerechtigkeit geht anders

Bündnis Umfairteilen ruft zu Aktionen in mehr als 80 Städten auf



**An diesem Wochenende gehen in über 80 Städten Menschen auf die Straße, um beim bundesweiten Aktionstag des Bündnisses Umfairteilen Gerechtigkeit einzufordern – also den Reichtum der einen und die Armut der anderen zu thematisieren. Sie treten für eine einmalige Vermögensabgabe, dauerhafte Vermögenssteuer und Verfolgung von Steuerbetrug ein. In einem nd-Streitgespräch diskutieren AktivistInnen – Gwendolyn Stilling von »Umfairteilen«, Ani Diebelmann von »Blockupy« und Peter Grottian von »Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel« – über Inhalte, Aktionsformen und das Spannungsfeld zwischen Sozialprotesten und zivilem Ungehorsam.** W2, W3

Foto: ddpj/Alexander Borais

## Kolumne

### Europäische Standards

Von Jürgen Reents

Gewiss, in der Sache hat das Folgende keine Parallele zum NSU-Prozess und dem Konflikt um die Presseplätze. Es geht hier allein darum, welche Kritik und welche Einmischung sich wer gegenüber einem Gericht erlaubt. Es geht um Scheinheiligkeit und Überheblichkeit.

Gehen wir zurück ins Jahr 2007. Damals saß Marco W. aus Uelzen in der Türkei in Untersuchungshaft. Er stand unter Verdacht, ein 13-jähriges englisches Mädchen während des Urlaubs sexuell missbraucht zu haben. Seitens deutscher Politiker und Medien schlug ihm viel Mitgefühl entgegen. Außenminister Steinmeier verlangte von seinem türkischen Kollegen, Marco W. freizulassen; die Vorwürfe würden in Deutschland geprüft werden. Der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Jürgen Gehb, sah einen Beweis, dass die Türkei »nicht reif« sei für einen EU-Beitritt. Bis in die Spitzen der EU machte die deutsche Politik ihren Einfluss geltend, um die türkische Regierung zu etwas zu drängen, das »Anpassung an europäische Standards« genannt wurde. Und im Kern doch meinte: Die türkische Regierung solle der türkischen Gerichtsbarkeit gefälligst eine Anweisung erteilen. Sie tat es schließlich: Marco W. kehrte in die Bundesrepublik zurück, der Prozess in Antalya fand ohne ihn statt. Das Gericht sprach ihn am Ende schuldig. In Deutschland wurden die Ermittlungen mangels Tatverdachts eingestellt.

Europäische Standards, nun lauten sie umgekehrt. Der Deutsche Richterbund ist verärgert über »populistische Zwischenrufe« an das Münchener Gericht, sie seien »nicht mehr hinnehmbar«. CSU-Chef Seehofer empört sich über die Einmischung in die Unabhängigkeit des Gerichts, das sei Verfassungsbruch. Patrick Kurth von der FDP in Thüringen donnert: »Die Gewaltenteilung wird in diesem Land



Jürgen Reents

Der Redakteur arbeitet seit 1999 für »neues deutschland«.

nd-Foto: Burkhard Lange

## Unten links

Noch viel zu wenig Beachtung hat der Vorschlag aus der **Linkspartei** gefunden, die SPD möge sich lieber einen »Auswechsellspieler« für den zu größerer Beliebtheit wenig Anlass gebenden Spitzenkandidaten Steinbrück suchen. Denn es kommt darin eine Fürsorge gegenüber der Sozialdemokratie zum Ausdruck, die angesichts der üblichen Parteienkonkurrenz beispielhaft genannt werden muss. Doch selbst der Rixingersche Rat an die SPD-Genossen ließe sich noch fortentwickeln: So könnte etwa die Regel aufgestellt werden, dass alle Parteien ihre Spitzenkandidaten mindestens zwei Mal pro Wahlkampf austauschen müssen. Besser noch, wenn dabei auch über Mannschaftsgrenzen hinweg Wechselpflicht bestehen würde. Angela Merkel wäre sicher eine gute »Ersatzspielerin« für die SPD. Die Zahl der auszuwechselnden Personen dürfte freilich nicht wie im Fußball auf drei begrenzt werden, sonst wäre wieder einmal die Linkspartei benachteiligt – mit ihrem achtköpfigen Kandidatenteam. tos

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise  
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



## Tod nach Zwangsäumung

Berliner Seniorin stirbt zwei Tage nach Rauswurf aus ihrer Wohnung

Von Martin Kröger

**Rund 300 Menschen gedachten gestern Abend in Berlin der 67-jährigen Rosemarie F. mit einem Trauermarsch. Die Seniorin war am Donnerstagabend in einer Notübernachtung gestorben. Erst am 9. April war ihre Wohnung zwangsgeräumt worden.**

Rosemarie F. ist tot. Laut Initiator der »Kälte Nothilfe« Dominic Grasshoff starb die schwerbehinderte Seniorin, deren Wohnung am 9. April zwangsgeräumt worden war, am Donnerstagabend in der Weddingener Wärmestube. Gegen den Rauswurf durch eine Gerichtsvollzieherin unter Amtshilfe von 150 Polizisten hatte es in den vergangenen Wochen starken Widerstand von Mietaktivisten gegeben. Am vergangenen Dienstag hatten erneut 100 Demonstranten versucht, die Zwangsäumung in Berlin-Reinickendorf zu verhindern.

Da war F., die Mietrückstände und Ärger mit den Nachbarn gehabt haben soll, nicht mehr vor Ort. Die schwer kranke Seniorin empfand die Umstände der Räumung für ih-



Rosemarie F. Foto: M. Coers

ren Gesundheitszustand als zu belastend, erklärten Unterstützer. Nachdem die Zwangsgeräumte zunächst für eine Nacht in einer Wohngemeinschaft untergekommen war, entschloss sie sich, in ein kleines Zimmer der Wärmestube der »Kälte Nothilfe« einzuziehen. Am Tag vor ihrem Tod sei Rosemarie F. bereits sehr schwach gewesen und habe sich während eines kurzen Spaziergangs mehrfach übergeben müssen, sagte Dominic Grasshoff.

Der Sprecher der Berliner Polizei, Stefan Redlich, bestä-

tigte gegenüber »nd« den Tod der Frau. Da der zu Hilfe gerufene Arzt auf dem Totenschein keine Todesursache vermerkt habe, sei es die Aufgabe der Polizei, ein Todesermittlungsverfahren zu führen, so Redlich. Wie lange dieses Verfahren benötigt, hängt vor allem davon ab, ob die Staatsanwaltschaft eine Obduktion der Leiche von Rosemarie F. anordnet. Auf nd-Nachfrage erklärte der Sprecher der Berliner Staatsanwaltschaft, Martin Steltner, er habe zu dem Fall keine Angaben vorliegen. In einigen Medien hieß es, eine Obduktion der Verstorbenen sei verfügt worden.

Das Bündnis »Zwangsäumungen verhindern« zeigte sich in einer ersten Reaktion »schockiert und fassungslos«. »Die Zwangsäumung entzog Rosemarie F. ihre Lebensgrundlage«, erklärte Bündnissprecherin Sara Walther. Die Räumung sei trotz eines ärztlichen Attestes vollzogen worden, das F. die Unzumutbarkeit der Maßnahme bescheinigt hatte. Und obwohl sich das Sozialamt zur Übernahme der Miete bereit erklärt hatte, habe die Eigentümerin auf einer Herausgabe der Woh-

nung bestanden, kritisierte Walther. Das Bündnis fragte sich gestern: »In was für einer Gesellschaft leben wir, die Eigentumsrechte über den Schutz des Lebens stellt?«

»Miete mehr wert als ein Leben« war auch auf Plakaten der etwa 300 Unterstützer von Rosemarie F. zu lesen, die sich am Abend zu einem Trauermarsch in der Nähe ihrer ehemaligen Wohnung einfanden. Das Haus in der Arosener Allee 92 in Berlin-Reinickendorf war von Polizeibeamten weiträumig abgesperrt worden, nur einzelne Demonstranten durften weiße Rosen davor ablegen. Zuvor war in einem Aufruf im Netz auch von »radikaleren Maßnahmen« des Widerstands gegen Zwangsäumung die Rede.

Auch in der Politik wurde der Tod der Zwangsgeräumten mit Bestürzung aufgenommen. Der Landesvorsitzende der Berliner Linkspartei, Klaus Lederer, erklärte: »Hier ist geschehen, wovor wir gewarnt haben: Man kann eine alte, schwerbehinderte Frau, was auch immer die Hintergründe sind, nicht einfach auf die Straße setzen.« Seite 13